

DER ERSTE WELTKRIEG

Zusammenfassung

Der Erste Weltkrieg wurde von 1914 bis 1918 in Europa, Afrika, dem Nahen Osten und Asien geführt. Er war der bis dahin umfassendste Krieg der Geschichte. Insgesamt standen annähernd 70 Millionen Soldaten unter Waffen. Etwa 16 Millionen Menschen ließen ihr Leben.

Der Krieg begann nach dem Attentat von Sarajevo mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien am 28. Juli 1914. Ab August 1914 befanden sich die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn im Krieg gegen die verbündeten Entente-Staaten Frankreich, Großbritannien und Russland - viele weitere Staaten traten im Laufe des Konflikts in den Krieg ein. Der Krieg endete mit dem Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918, der einen Sieg der aus der Triple-Entente hervorgegangenen Kriegskoalition bedeutete.

Der Erste Weltkrieg mit seinen endlosen Materialschlachten änderte das Bild vom Krieg. Die Realität an der Front hatte mit Vorstellungen eines heroischen Kampfes kaum mehr etwas zu tun. Schützengräben-Alltag und verbitterte Stellungskämpfe - wie um Verdun - dämpfte die anfängliche Kriegsbegeisterung rasch.

Der Krieg brachte eine bis dahin weitgehend unbekannte technische Modernisierung und Totalisierung mit sich. Die Steigerung der Gewalt im Verlauf des Krieges zum industrialisierten Massentod, die Einbeziehung der "Heimatfront" und die Einführung immer neuer Kriegstechnik - zum ersten Mal gab es einen Luftkrieg, einen U-Boot-Krieg und einen Gaskrieg - prägte nachfolgende Kriege.

Aufgrund der Verwerfungen, die der Erste Weltkrieg auslöste, und wegen der bis in die jüngste Vergangenheit nachwirkenden Folgen des Friedensvertrages von Versailles, gilt er als "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts".

1. Die Vorgeschichte

Man spricht manchmal für die Zeit von 1850 bis 1913 von der ‚ersten Globalisierung‘. Eine ähnliche wirtschaftliche Verzahnung wie am Vorabend des Ersten Weltkrieges wurde tatsächlich erst wieder nach dem Ende der Sowjetunion und der Entwicklung des internationalen Handels von 1991 bis heute erreicht. Der immer stärkere wirtschaftliche Austausch behinderte jedoch keinesfalls die Entwicklung des Nationalismus, der sich in einem frenetischen Wettlauf um Einflussphären und Kolonien ausdrückte. Dieser Wettlauf wurde wiederum durch wirtschaftliche Gründe gerechtfertigt.

Ein spektakuläres Wirtschaftswachstum

Tatsächlich kann man in dieser Periode ein noch nie dagewesenes Wirtschaftswachstum als Folge der Industrialisierung feststellen, vor allem in Europa. Das BIP der europäischen Länder verdreifachte sich. Die europäischen Börsen und Unternehmen bestimmten die wirtschaftliche Entwicklung, auch wenn die USA und Japan Anfang des 20. Jahrhunderts in den Kreis der großen Industriemächte eintraten. Großbritannien, Frankreich und Deutschland beherrschten den Welthandel. Fast drei Viertel aller weltweit verschifften Produkte stammten aus oder landeten in ihnen.

Die Lebensbedingungen verbesserten sich schlagartig. Landwirtschaft und Medizin machten enorme Fortschritte, und die Europäer/innen gewöhnten sich daran, mit den Annehmlichkeiten des technischen Fortschritts zu leben. 1910 hatten 80% der Bevölkerung in den europäischen Großstädten elektrisches Licht, man benutzte neue Transportmittel (Eisenbahn, Automobil, Dampfschiffe), die die Distanzen drastisch verkürzten. Die europäischen Völker glaubten an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt, der zu einer nie dagewesenen Steigerung des Lebensstandards und zu einer kompletten Änderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen geführt hatte.

Ebenso schnell entwickelte sich der internationale Handel. Laut Schätzungen steigerte sich der Wert des Welthandels zwischen 1790 und 1913 um das Fünzigfache. Die wirtschaftliche Verzahnung mit der Welt hatte große Vorteile: Zucker, Tabak oder Kakao - Waren, die noch Jahrzehnte zuvor nur einer Handvoll Aristokraten zur Verfügung standen - waren plötzlich auch für ‚normale‘ Bürger/innen erschwinglich. Aber auch die gegenseitige Abhängigkeit stieg: Ohne den Austausch von Waren und Kapital konnten die wirtschaftlichen Systeme nicht aufrechterhalten werden.

Nationalismus und Imperialismus - eine ‚Schutzreaktion‘ auf die wirtschaftliche Öffnung

Die spektakuläre wirtschaftliche Entwicklung und der wachsende Austausch der Güter und Kulturen führte aber nicht automatisch zu einer Öffnung der Mentalitäten, wie man es hätte erwarten können. Die Angst vor der internationalen Konkurrenz brachte protektionistische¹ Praktiken hervor und verstärkte den Wettlauf um Kolonien. Man ging davon aus, dass die industrielle Entwicklung eng von der Ausbeutung und der Kontrolle der notwendigen Rohstoffe abhing. Daher nutzte man die des Mutterlandes so weit wie möglich, trachtete aber auch danach, welche aus anderen Gebieten zu bekommen, die man ‚besaß‘ (also die Kolonien). Man versuchte, möglichst unabhängig von den anderen Großmächten zu bleiben, um diesen nicht die wirtschaftliche Hegemonie zu überlassen. Gleichzeitig dienten die Kolonien als exklusiver Absatzmarkt für die Produkte des Mutterlandes. Je größer dieser exklusive Absatzmarkt war, desto weniger musste man mit ausländischen Produkten konkurrieren. Der Aufbau eines möglichst großen Kolonialreiches wurde somit als unabdingbare Basis für die wirtschaftliche Entwicklung des Mutterlandes betrachtet. Diese Logik wurde von allen europäischen Mächten geteilt, aber auch von Japan und den USA, den beiden aufsteigenden außereuropäischen Mächten, Reichskanzler Bernhard von Bülow übernahm die allgemeine koloniale Logik für Deutschland, als er am 6. Dezember 1897 vor dem Reichstag äußerte: „Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.“

Die Angst vor der deutschen Wirtschaftsmacht

Das Beunruhigende an dieser Forderung und an der damit verbundenen wilhelminischen ‚Weltpolitik‘ war somit weniger ihr Inhalt als die Tatsache, dass sie aus einem Land kamen, das den übrigen europäischen Mächten eine gewisse Angst einflößte. Das Deutsche Reich wurde erst 1870 gegründet und stieg in der Zeit bis 1913 zur größten Industriemacht und zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht Europas auf. Mit seinen knapp 65 Mio. Einwohnern (1910) und einem dynamischen Bevölkerungswachstum erschien es den anderen europäischen Mächten zudem als ‚demographischer Riese‘, besonders in Bezug auf Frankreich, das 1911 nur 41,5 Mio. Einwohner zählte und dessen Bevölkerung nicht so schnell wuchs wie die anderer europäischer Staaten.

Die Produktionskosten in der stark wachsenden Industrie waren niedriger als in Großbritannien oder Frankreich. Deutschland konnte demzufolge die ausländischen Märkte mit einem günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis erobern. Der deutsche Handelsreisende², der vor nichts zurückschreckte, um seine

¹ Protektionismus:

Produkte zu verkaufen, wurde zu einem beliebten Objekt britischer Karikaturist/innen. Man warf Deutschland vor, bewusst die Verkaufspreise seiner Produkte niedrig zu halten, um die ausländische Konkurrenz auszuschalten.

Deutschland kämpfte zudem seit der Reichsgründung mit einem ‚Geburtsfehler‘: der Annexion Elsaß-Lothringens und der dadurch hervorgerufenen Feindschaft Frankreichs. Diese Region gehörte zu den rohstoffreichsten in Europa und war in der Logik der weitgehenden wirtschaftlichen Autarkie², die sich, wie schon erläutert, analog zu der des Freihandels entwickelte, für Frankreich unentbehrlich. Als Deutschland dann auch noch nach Kolonien strebte, versuchte man es außenpolitisch zu isolieren um seine Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Expansion zu beschränken, ohne jedoch zunächst ernsthaft an einen Krieg zu denken.

Versuche zur internationalen Konfliktregelung

Gleichzeitig entstanden jedoch Versuche einer friedlichen Regelung internationaler Konflikte, um das Wirtschaftswachstum nicht zu gefährden. Der erste Versuch zu einer solchen internationalen Regelung war der Berliner Kongress von 1878. Diese Vermittlungsanstrengung machte den deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck zu einer Schlüsselfigur im ‚europäischen Konzert‘ der Großmächte, aber letztendlich war keiner der Beteiligten mit den Ergebnissen zufrieden. Der Balkan blieb ein ‚Pulverfass‘, in dem russische und österreichische Interessen aufeinanderstießen, während die kleineren Balkanstaaten Serbien, Bulgarien und Rumänien weiterhin eine Vergrößerung ihres Staatsgebietes anstrebten - nach dem Modell des europäischen Nationalismus. Diese Unstimmigkeiten führten zu den Balkankriegen 1912/13 und letztendlich zum Attentat von Sarajevo und zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Die Ansätze zu einer internationalen Konfliktregelung stießen aber schnell an ihre Grenzen, da die Mentalitäten nicht mit dem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt Schritt halten konnten, und die nationalen Interessen der Großmächte mehr zählten als mögliche gemeinsame Lösungen.

Eine ‚verfrühte‘ Globalisierung

Man sieht also, dass politische und wirtschaftliche Spannungslinien im Vorfeld des ersten Weltkrieges eng miteinander verquickt waren und sich gegenseitig verstärkten. Die internationale Verzahnung der Wirtschaft und des Handels, die Europa und anderen Mächten einen noch nie dagewesenen Wohlstand beschert hatte, kam gewissermaßen zu früh, die wirtschaftliche Entwicklung verlief zu schnell, in einem Rahmen, der das Vorstellungsvermögen der betroffenen Länder und Völker bei weitem übertraf, sodass jeder befürchtete, die Vorteile, die aus dieser Entwicklung entstanden waren, ebenso schnell wieder zu verlieren.

Die europäischen Großmächte ‚schlitterten‘ letztendlich durch ihre Selbstüberschätzung in einen nie dagewesenen weltweiten Konflikt hinein. Ihre Blindheit mussten sie auch auf wirtschaftlichem Gebiet teuer bezahlen, denn sie verloren ihre Führungsrolle in der Weltwirtschaft durch den Krieg an die USA. Von diesem Zeitpunkt an folgten die europäischen Börsen den US-Finanzmärkten, und die europäischen Staaten wurden von amerikanischen Krediten abhängig, woran auch die Kolonialreiche nichts änderten. Bis heute hat sich Europa aus dieser Abhängigkeit nicht mehr befreien können.

Quelle: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/11711> (01.12.2018)

² Autarkie

2. Kriegsausbruch und Kriegsziele

Die Julikrise 1914

Zu den Ursachen des Ersten Weltkrieges gehören nicht nur imperialistische Machtinteressen, Wett-rüsten, feindliche Bündnissysteme und aggressive Nationalbewegungen, sondern auch eine allgemeine Kriegsbereitschaft und schwere Fehler verantwortlicher Politiker.

Der Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 im bosnischen Sarajevo durch den Angehörigen einer grossserbischen Geheimorganisation hätte nicht den Krieg zur Folge haben müssen. Serbien hatte diese Geheimorganisation geduldet. Österreich-Ungarn wollte diesen Mord zum Anlass nehmen, Serbien, den Konkurrenten auf dem Balkan, mit kriegerischen Mitteln auszuschalten. Weil aber hinter Serbien die Schutzmacht Russland stand, musste Österreich-Ungarn ein russisches Eingreifen zu verhindern suchen. Das schien nur durch ein gemeinsames Vorgehen mit Deutschland möglich.

Eine entsprechende Anfrage beantwortete das Deutsche Reich am 5. Juli mit dem sogenannten Blankoscheck. Dies war die Zusicherung eines gemeinsamen Vorgehens auch für den Angriffsfall, der vom Zweibund, einem Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn von 1879, eigentlich nicht gedeckt war. Dieses ursprüngliche Defensivbündnis wurde auf diese Weise ohne Not zum Offensivbündnis erweitert. Ermutigt durch die deutsche Zusage, stellte Österreich-Ungarn Serbien am 23.7. ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum³ zur Bestrafung der Verantwortlichen des Attentats und zur Beendigung aller serbisch-nationalistischen Aktivitäten. Dieses wurde absichtlich so formuliert, dass es durch die Regierung in Belgrad ohne Gesichtsverlust nicht annehmbar war, denn Wien wollte den Krieg.

Unter dem Eindruck der Zusicherung der französischen Bündnistreue (Frankreichs „Blankoscheck“) beschloss nun Russland, Serbien zu unterstützen. Die serbische Regierung akzeptierte weitgehend das Ultimatum. Dennoch erklärte Österreich-Ungarn Serbien am 28. Juli den Krieg. Tags darauf ordnete Russland die Mobilmachung gegen Österreich-Ungarn an. Weil Kaiser Wilhelm II. die russische Mobilmachung als Bedrohung Deutschlands empfand, stellte er Russland das Ultimatum, diese zurückzunehmen, und an Frankreich das Ultimatum, in einem deutsch-russischen Konflikt neutral zu bleiben. Als beide erfolglos blieben, erklärte Deutschland am 1. August Russland und am 3. August Frankreich den Krieg. Nachdem am Morgen des 4. August die deutschen Truppen in Belgien einmarschiert waren (siehe «Schlieffen-Plan») und somit die Neutralität Belgiens verletzt hatten, folgte noch am gleichen Tag die Kriegserklärung Englands an Deutschland.

Kriegsziele

„Der jetzige Krieg“, notierte der französische Botschafter in St. Petersburg am 20. August 1914, „ist ein Krieg auf Leben und Tod, in welchem jeder Kämpfende seine nationale Existenz aufs Spiel setzt.“ Der Erste Weltkrieg bedeutete den Zusammenbruch des Staatensystems nicht nur deshalb, weil an ihm, wie hundert Jahre zuvor in den napoleonischen Kriegen, alle Grossmächte beteiligt waren. Vielmehr empfanden und erlebten ihn alle beteiligten Staaten und Völker als existenziellen Überlebenskampf. Die Kriegsziele beider Seiten, wie unterschiedlich sie im Detail auch waren, liefen auf eine Zerstörung der bisherigen internationalen Ordnung hinaus.

Die heute kaum verständliche Kriegsbereitschaft der Regierungen hing damit zusammen, dass nun zum Teil lang gehegte Pläne realisierbar schienen. Die **deutsche Reichsregierung** hatte sich ursprünglich entschlossen, zur Sicherung der deutschen Grossmachtstellung auch einen Krieg in Kauf zu nehmen. Aber die Anfangserfolge der deutschen Armee führten bald zur Ausweitung der Kriegsziele,

³ Ultimatum

die zunächst keine Gebietserweiterungen beinhaltet hatten. Nach den Vorstellungen der Militärs sollte nun die deutsche Hegemonie⁴ in der Mitte Europas durch einen Vasallenstatus⁵ Belgiens und Polens für immer gesichert und die Kolonien vermehrt werden. Die gegnerische Koalition wollte die europäische Grossmachtstellung des Deutschen Reiches dagegen für immer zerstören, da es sich in ihren Augen als notorischer Friedensstörer erwiesen hatte. Das einzige Kriegsziel, das zählte, war also die vollständige Unterwerfung der jeweils feindlichen Nation.

Österreich-Ungarn wollte den Krieg zur Befriedung seiner Nationalitätenkonflikte und zur Annexion Serbiens, Montenegros und Rumäniens nutzen. **Russland** liess sich die seit Jahrzehnten gewünschten Meerengen bei Konstantinopel und somit stärkeren Einfluss auf dem Balkan zusichern. Für **Frankreich** bot der Krieg die Gelegenheit, Elsass-Lothringen zurückzubekommen, das Saarland hinzuzugewinnen und die Rheingrenze zu kontrollieren. **England** verlangte die Wiederherstellung der Souveränität der kleinen Staaten, z. B. Belgiens, und wollte sicherstellen, auch in Zukunft die grösste Seemacht zu sein. Sowohl Frankreich als auch Grossbritannien beabsichtigten, sich die deutschen Kolonien und Gebiete des Osmanischen Reiches im Nahen Osten aufzuteilen.

Die Kriegsziele der Krieg führenden Mächte erwies sich als wesentliches Hindernis auf dem Weg zu Waffenstillstand und Frieden.

Aus: Schweizer Geschichtsbuch 2, Cornelsen Verlag, Berlin (2010), S. 300-302

3. Der Krieg des Industriezeitalters

Vom Bewegungs- zum Stellungskrieg

Zuversichtlich und oft begeistert waren die Männer aller Völker in den Krieg gezogen, verabschiedet von winkenden Frauen, mit Eifer nachgespielt von den Kindern. Zu Weihnachten wollten die Männer als Sieger wieder zu Hause sein. Für die deutschen Soldaten schien diese Erwartung gut begründet, denn schnell und planmässig war Belgien überrannt worden, tief standen die Armeen in Frankreich. Aber die Front wurde mit dem weiteren Vormarsch immer länger, und unvorhergesehen mussten Truppen in Belgien bleiben und nach Osten abgezogen werden, wo eine Niederlage gegen die Russen drohte. Dennoch: Anfang September war die Marne überschritten und Paris war nur noch 50 Kilometer entfernt. Aber die angestrebte Umfassung der französischen Hauptstadt wollte nicht gelingen. Im Gegenteil, am 4. September setzte der Gegenangriff von Franzosen und Engländern ein. Die deutschen Truppen mussten sich zurückziehen. Für die Entente war das „Wunder an der Marne“ geschehen, für die Mittelmächte war die vermeintliche Siegesgarantie, der Schlieffen-Plan, gescheitert. Der blitzartige Vernichtungskrieg war zum Stehen gebracht worden. Beiden Seiten fehlten die Kräfte zu einem entscheidenden Durchbruch. So gruben sich die Heere in festen Stellungen ein. Dasselbe Bild bot sich seit 1915 auch an der Ostfront im Krieg gegen Russland.

Materialschlachten prägen den Krieg

„Ein merkwürdiger Krieg [...]: Flieger, Autos spielen eine ungeahnte Rolle, wie überhaupt die Technik, Brücken und Tunnels, deren Bau sonst Jahre gedauert hat, werden in vierzehn Tagen hergestellt.“ Diese Beobachtungen schrieb der deutsche Grossadmiral von Tirpitz am jr. Oktober 1914 in sein Tagebuch. Der Krieg, der erst gut zwei Monate gedauert hatte, war offenbar ein ganz neuer, so nicht erwarteter Krieg. Im 19. Jahrhundert hatten nur selten Heere von mehr als 500'000 Mann gegeneinander gekämpft, nun waren es mehrere Millionen. Ausserdem prägten moderne Waffen (Maschinengewehre, Hand- und Giftgasgranaten, Flammenwerfer, Minen, U-Boote, Panzer und Flugzeuge) den Ersten Weltkrieg.

⁴ Hegemonie: Vormachtstellung eines Staates innerhalb einer Gruppe von Staaten. Die Hegemonie stützt sich in der Regel auf militärische Überlegenheit.

⁵ Vasall: Im frühen Mittelalter ein Herr, der sich freiwillig als Gefolgsmann in den Dienst eines anderen Herrn stellte und sich diesem für bestimmte militärische oder diplomatische Dienstleistungen verpflichtete. Der Vasall musste eine bestimmte Anzahl an Soldaten zur Verfügung stellen, um somit den Dienstherrn in dessen Krieg zu unterstützen.

Den Gegner ausbluten und zermürben - so lautete die Strategie des Stellungskrieges. Stabil ausgebaute Gräben und Gefechtsstände bildeten die Verteidigungslinien. Stacheldrahtverhaue sicherten sie. Mit einem neuen Mittel suchten die Verantwortlichen in den Generalstäben diese neue Verteidigung zu überwinden: der **Materialschlacht**. Die Industrie machte sie mit ihrer schier ununterbrochenen Waffenproduktion möglich.

Die „**Hölle von Verdun**“ wurde zum Symbol dieses Materialkrieges. Für diese französische Festung sollte nach den Plänen der deutschen Obersten Heeresleitung die Hauptmacht des französischen Heeres verbluten. Im Dauerfeuer trommelten die Geschütze ihre Granaten auf die Stellungen der Gegner. Sie sollten so lange beschossen werden, bis jeder Widerstand endete. Im anschliessenden Sturmangriff hoffte man dann, das Gelände so gut wie kampflos zu besetzen. Nur allzu oft kam dabei gar nichts oder nicht mehr als 50 oder 100 Meter Geländegewinn heraus, bezahlt mit gewaltigen Opfern: 240'000 Deutsche und 275'000 Franzosen wurden vom Februar bis Juni 1916 allein vor Verdun getötet, verwundet oder vermisst.

Nationaler Existenzkampf

Zu Beginn des Krieges gab es in allen Ländern in Teilen der Bevölkerung grosse Kriegsbegeisterung. Als sich jedoch der ursprünglich erwartete kurze Krieg in einen langen mit unabsehbarem Ende verwandelte, setzte auf allen Krieg führenden Seiten eine gezielte **Kriegspropaganda** ein. Sie versuchte, der Bevölkerung zu suggerieren, dass es nicht nur um politische Interessen, sondern um kollektive nationale Wertesysteme gehe: um das ‚Wesen‘ der eigenen Nation gegen das als bedrohlich empfundene Fremde, um Zivilisation gegen Barbarei oder um „Germanen“ gegen „Slawen“. Auf diese Weise hofften die Regierungen, den „Durchhaltewillen“ des eigenen Volkes zu stärken und den Kampfwillen der feindlichen Truppen und der Zivilbevölkerung zu lähmen. Tatsächlich entwickelte dieser Kriegspatriotismus eine ungeheure Integrationskraft, der die Spannungen innerhalb der Völker verdeckte und stattdessen die Gräben zwischen den Nationen vertiefte.

Die „Heimatfront“

Der anhaltende Stellungskrieg führte zu Versorgungsproblemen der Truppen an der Front und in zahlreichen Ländern auch in der Bevölkerung. Im Deutschen Reich zum Beispiel wurde infolge der Seeblockade durch Grossbritannien die Situation der Zivilbevölkerung noch verschärft. Seit 1916 schränkte die Regierung zunehmend den freien Lebensmittelverkauf ein und regelte vor allem die Brot- und Getreideversorgung über **Lebensmittelkarten**. Da die Mengenzuweisungen nicht ausreichten, versuchten sich die Menschen selbst zu versorgen: So legten sich viele Städter Kleingärten oder „Fensterplantagen“ zu, hielten - zum Teil in Wohnungen! - Hühner, Kaninchen oder Schweine. Andere behielten sich mit „Hamsterfahrten“ aufs Land, um sich bei Bauern mit Nahrungsmitteln einzudecken. Der Schwarzmarkt blühte. Im „**Kohlrübenwinter**“ 1916/17 verhungerten in Deutschland Hunderttausende. 1917 betrug die Getreideernte nur noch 50 Prozent der Vorkriegsjahre.

In vielen kriegführenden Staaten wurden **Rohstoffe knapp**. So wurde die Bevölkerung aufgerufen, nicht mehr benötigte Metallgegenstände und andere Rohstoffe zu spenden. Ausserdem kam es zu Beschlagnahmungen. Auch bei der Finanzierung der riesigen Kriegsausgaben sollten die Bürgerinnen und Bürger mithelfen, indem sie sogenannte **Kriegsanleihen** zeichneten. Das waren Kredite an den Staat in Form eines besonderen Wertpapiers. Die Kapitalgeber hofften bei einem Sieg auf Zinsen, die die unterlegenen Mächte in Form von Reparationszahlungen begleichen sollten. Bei einer Niederlage dagegen waren die Kriegsanleihen nichts mehr wert.

Die Versorgung der Truppen mit Waffen bereitete in allen kriegführenden Ländern zunehmend Schwierigkeiten, da in den Rüstungsbetrieben - wie in allen Unternehmen - Arbeitskräfte fehlten. Um dieses Problem zu lösen, wurden Kriegsgefangene, aber auch immer mehr **Arbeiterinnen** eingesetzt. Viele Frauen waren auf solche Verdienstmöglichkeiten angewiesen. Sie mussten, da ihre Männer an der Front kämpften, ihre Familien allein ernähren, denn die staatliche Unterstützung genügte häufig

nicht. Viele Frauen mussten bei Stellenantritt eine Erklärung unterschreiben, dass sie bei Kriegsende ihren Arbeitsplatz wieder einem Mann abgeben würden. Sie durften gewisse Arbeiten also nur als **Platzhalterinnen** für Männer ausüben.

Die **Zivilgesellschaft** im Krieg war weitgehend eine weibliche. Frauen sollten die Männer nicht nur in der Rüstungsindustrie ersetzen, sondern auch in der für die Ernährung wichtigen Landwirtschaft. Und schliesslich sollten sie als Mütter die Versorgung des Staates mit Menschen gewährleisten. Die Geburtenraten sanken allerdings in allen Ländern deutlich, obwohl die Regierungen verschiedener Länder Massnahmen zu einer „**Mobilisierung der Wiegen**“ (Titel einer französischen Publikation von 1917) ergriffen. Dies lag einerseits daran, dass die Männer - abgesehen von kurzen Urlauben - an der Front waren, andererseits wollten viele Ehepaare in den schwierigen Kriegsjahren eine Schwangerschaft vermeiden.

Aus: Schweizer Geschichtsbuch 2, Cornelsen Verlag, Berlin (2010), S. 306-310

4. Das Epochenjahr 1917

Durch die Februar- und Oktoberrevolution in Russland sowie durch den Kriegseintritt der USA veränderten sich die Kriegslage und die weltpolitische Konstellation grundlegend. Die Historiker sprechen deshalb von dem „Epochenjahr 1917“.

Kriegseintritt der USA

Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten sich bei Kriegsbeginn für militärisch neutral erklärt, lieferten aber kriegswichtige Güter wegen der Blockade und der bereits bestehenden guten Handelsbeziehungen vor allem an die Ententemächte. Ein grosser Teil dieser Produkte wurde mit Hilfe amerikanischer Kredite gekauft. 1917 schuldeten deshalb die Alliierten den Amerikanern 2,3 Milliarden Dollar, die Mittelmächte nur 27 Millionen.

Um den amerikanischen Nachschub zu unterbinden, setzte die deutsche Militärführung eine neuartige Waffe ein: U-Boote. Mit Empörung reagierten die Amerikaner, wenn ihre Schiffe versenkt wurden und ihre Landsleute ertranken. Aufsehen erregte vor allem der Untergang der „**Lusitania**“ am 7. Mai 1915, eines Passagierdampfers, der allerdings auch kriegswichtige Güter transportierte. Bei diesem Angriff starben mehr als 1000 Menschen, darunter etwa 120 US-Amerikaner. Aufgrund dieses Vorfalls verschärfte sich in den USA die antideutsche Stimmung erheblich. Nach der Stagnation im Landkrieg und nach dem Hungerwinter wurde am 1. Februar 1917 - durch Entscheidung der deutschen Obersten Heeresleitung (OHL) - der **uneingeschränkte U-Bootkrieg** aufgenommen. Das hiess, dass deutsche U-Boote nicht nur Kriegsschiffe angriffen, sondern auch unbewaffnete Handels- und Passagierschiffe der USA, wenn sie annahmen, dass diese Kriegsgüter für die Entente transportieren. Die USA brachen am 3. Februar 1917 ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab und erklärten ihm am 6. April den Krieg. Als Motive für diese Massnahmen der US-Regierung werden in der Geschichtsforschung gesehen:

- die Verletzung des Völkerrechts und der militärischen Neutralität der USA durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg Deutschlands;
- die Gefahr einer deutschen Hegemonie in Europa;
- die Vermeidung einer Niederlage der Alliierten, um die **Kriegskredite** später wiederzubekommen;
- die Durchsetzung der amerikanischen Grundüberzeugung, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen.

Die Industrie der USA und ihre landwirtschaftlichen Produkte standen den Alliierten seit Mitte 1918 uneingeschränkt zur Verfügung, ebenso seit Anfang 1918 eine Million amerikanischer Soldaten.

Revolution in Russland

Nach anfänglichen Kriegserfolgen der russischen Armee bestimmten die Mittelmächte seit 1915 das militärische Geschehen an der Ostfront. Ende 1916 schien Russland geschlagen: Tausende von hungrigen, demoralisierten russischen Soldaten verliessen die Armee. Gleichzeitig streikten Arbeiter in den Rüstungsfabriken, demonstrierten Frauen in den Städten gegen die schlechte Lebensmittelversorgung. Aus der Forderung nach Frieden und Brot entwickelte sich rasch eine politische Bewegung, die stark genug war, im Februar/März 1917 das Zarenregiment zu stürzen. Eine bürgerliche Regierung übernahm die Macht, kontrolliert durch die seit Anfang 1917 gebildeten sozialistischen Räte (Sowjets) der Arbeiter, Bauern und Soldaten. Diese „Doppelherrschaft“ endete im Herbst 1917 in der „**Oktoberrevolution**“, in der die Bolschewiki die bürgerliche Regierung stürzten und den ersten sozialistischen Staat der Welt proklamierten.

Die neue Sowjetregierung unter Lenin und Trotzki, die der Bevölkerung Frieden, Brot und Land versprochen hatte, bot den Mittelmächten sofort Waffenstillstandsverhandlungen an. Lenin forderte einen Frieden ohne Gebietswerbungen und Kriegskostenentschädigungen, aber die verzweifelte militärische Lage Russlands machte es unmöglich, einen solchen Verständigungsfrieden durchzusetzen. Im Gegenteil: Der **Friedensvertrag von Brest-Litowsk**, der weitgehend von der deutschen Obersten Heeresleitung unter den Generälen Hindenburg und Ludendorff diktiert wurde, legte im März 1918 dem sozialistischen Russland harte Bedingungen auf. Es verlor im Westen weite Gebiete einschliesslich des polnischen Teilungsgebiets. Finnland und die Ukraine wurden zu selbständigen Staaten erhoben. Ausserdem musste sich Russland verpflichten, Lebensmittel und Rohstoffe an die Mittelmächte zu liefern.

Aus: Schweizer Geschichtsbuch 2, Cornelsen Verlag, Berlin (2010), S. 314-316

5. Kriegsende und Friedensvertrag

Alliierte Überlegenheit und Zusammenbruch der Mittelmächte

Der Eintritt der USA in den Krieg und von eingesetzte Panzer („Tanks“) verschoben die Gewichte eindeutig zugunsten der Alliierten. Angesichts des bevorstehenden militärischen Zusammenbruchs forderte die OHL am 29. September 1918 sofortige Waffenstillstandsverhandlungen.

Die neue weltpolitische Rolle der USA zeigte sich, als der amerikanische Präsident Wilson im Januar 1918 ein **14-Punkte-Programm** verkündete, das künftig den Weltfrieden sichern sollte. Gefordert wurden u. a.: Demokratie, Achtung des **Selbstbestimmungsrechtes*** der Völker und die Schaffung eines **Völkerbunds**, der zugleich Schlichter in Konflikten zwischen den Nationen sein sollte.

Die deutsche Regierung setzte grosse Hoffnungen in die Initiative Wilsons, der einen gegenseitigen Verzicht auf Gebietsabtretungen und Kriegskostenentschädigungen vorgeschlagen hatte. Wilson wollte damit künftig gewaltsame, durch Rache motivierte Auseinandersetzungen verhindern.

Wilson konnte sich allerdings die Verwirklichung seines Friedensplans nur als Frieden zwischen Staaten mit demokratischen Verfassungen vorstellen - an der demokratischen Legitimation aber fehlte es nach seiner Meinung im Deutschen Reich mit dem Kaiser an der Spitze und Generälen in den wichtigsten Entscheidungspositionen. Doch diese Situation änderte sich innerhalb eines Monats. Durch Umbildung der Regierung und eine grundlegende Verfassungsänderung wurde das Deutsche Reich bis Ende Oktober 1918 zu einer parlamentarischen Monarchie. Nach Aufständen von Matrosen und Erhebungen in vielen Städten riefen die Sozialdemokraten in Berlin am 9. November die **Republik** aus. Auch in Österreich-Ungarn führte die schlechte militärische und wirtschaftliche Situation zur gleichen Zeit zu einem politischen Umsturz: Es wurde eine Republik errichtet und das ehemalige Habsburgerreich zerfiel in verschiedene Staaten.

Der Vertrag von Versailles

Am 11. November unterzeichnete der Beauftragte der neuen deutschen Regierung, der Zentrumspolitiker Matthias Erzberger, im nordfranzösischen Compiègne den Waffenstillstand. Der Kaiser und die Oberste Heeresleitung beteiligten sich nicht an diesem Akt. Sie übernahmen keine Verantwortung für diesen Krieg, den sie mitverursacht und vier Jahre geführt hatten. Als die Vertreter der deutschen Übergangsregierung das Waffenstillstandsabkommen unterschrieben, wurden die harten Bedingungen der Alliierten bereits erkennbar: sofortige Räumung der besetzten Gebiete, Abgabe des grössten Teils der Kriegswaffen und der gesamten Hochseeflotte sowie Zahlungen von **Reparationen** als Wiedergutmachung für die Kriegsschäden. Der Waffenstillstand enthielt bereits territoriale Regelungen und war so formuliert, dass er eine Wiederaufnahme der Kämpfe durch die Mittelmächte unmöglich machte. Den Waffenstillstand und den folgenden harten Frieden mussten bürgerliche Politiker schliessen. Dies sollte sich als schwere Belastung für die junge deutsche Republik erweisen. Alle am Weltkrieg beteiligten europäischen Staaten hatten in den folgenden Jahren grosse Schwierigkeiten, die Folgen des Krieges zu überwinden: Zerstörungen, Millionen Tote und Kriegsinvaliden sowie enorme Staatsverschuldungen.

Selbstbestimmungsrecht: Das Recht von Völkern und Nationen, ihre Staatszugehörigkeit frei und ohne fremde Einmischung zu bestimmen (Autonomie). Selbstbestimmung schliesst Selbstregierung ein.